

### Motion Rudolf Käsermann (SP) betreffend Gestaltung, Nutzung und Betreuung der Kleinen Allmend

**Rudolf Käsermann (SP)** begründet die am 6. Dezember 1979 eingereichte Motion:

«Die Stadtgärtnerei erstellte am 10. Oktober 1974 einen Bericht über die Berner Allmenden, von dem der Gemeinderat am 4. Dezember 1974 zustimmend Kenntnis nahm. Die Gestaltung und Betreuung der Grossen Allmend ist seither weitgehend geregelt worden. Das ist bei der Kleinen Allmend noch nicht der Fall. Die Nutzung und Betreuung lässt zu wünschen übrig, und im Winter wird geräumter Schnee abgelagert, der im Frühling Schmutzspuren zurücklässt. Zudem zerstören die Streuchemikalien den Graswuchs.

Lärmige Veranstaltungen werden – insbesondere sonntags – vor den Wohnhäusern des Schermenweges und der Mittelholzerstrasse ausgetragen. Bei grossen Anlässen werden zahlreiche Autos parkiert, deren ungeordnete Wegfahrt Lärm und Staub verursachen. Praktisch nach jedem grossen Sportanlass überfahren ungeduldige Automobilisten die Holzzäune und verursachen mit ihrem undisziplinierten Verhalten Verkehrsstörungen.

Durch eine Neugestaltung und eine neue Benützungsordnung liessen sich diese Immissionen vermeiden.

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Vorlage über die Gestaltung und Nutzung der Kleinen Allmend sowie die Betreuung durch die Stadtgärtnerei zu unterbreiten.»

Die unerfreuliche Situation hat ihren Anfang mit dem Bau der Stadtautobahn 6 genommen. Verschiedene Vereine, die vorher auf der Grossen Allmend genügend Platz hatten, mussten mit ihren Veranstaltungen in die Enge der Kleinen Allmend ausweichen (kynologische Vereine, Hornusser), eine Enge, die noch verschlimmert wird durch das dem Militär reservierte Grabensystem im südlichen Teil, das den Vereinsbetrieb in unmittelbare Nähe der dort situierten Wohnhäuser drängt. Die dort wohnenden Familien leiden heute unter dem von Ostermundigen zur Autobahn flutenden Verkehr, und am Sonntag, wenn endlich etwas Ruhe einkehren könnte, werden sie vom Lärm der Hunde oder der Hornusser aufgeschreckt. Schon seit einiger Zeit können die dort liegenden günstigen Genossenschaftswohnungen fast nicht mehr vermietet werden.

Ein bereits vor über 6 Jahren eingereichtes und überwiesenes Postulat in der gleichen Angelegenheit zeigte bis heute keine Wirkung, und es erscheint verständlich, wenn die Anwohner nachgerade ungehalten wer-

den. Die Tatsache, dass eines Tages ein vierjähriges Kind von einem Hornuss am Kopf getroffen wurde, muss dieses Unbehagen begreiflicherweise noch erheblich vertiefen. Das Kind konnte gerettet werden; ein kurze Zeit später gegen das Auto seines Vaters prallender Hornuss sorgte aber dafür, dass man sich der Lage an Ort und Stelle natürlich stets bewusst bleibt.

Bei allem Verständnis für das zu pflegende Verhältnis Stadt/Land muss doch darauf hingewiesen werden, dass sich der Mitgliederbestand der sich auf der Kleinen Allmend betätigenden Hornussergesellschaften im wesentlichen in ländlichen Gegenden rekrutiert. Es erscheint daher als notwendig, dafür zu sorgen, dass diese Aktivitäten in Zukunft wieder dort vor sich gehen, wo sie entstanden sind und hingehören, auf dem Land, auf freiem Felde, ohne Gefährdung von Strassen und Wohnhäusern. Er bittet den Rat, dem vom Gemeinderat geäusserten Willen zu folgen und die Motion zu überweisen.

Stadtpräsident *Werner Bircher* nimmt namens des Gemeinderates wie folgt Stellung: Im Zusammenhang mit der Sanierung und Neugestaltung der Grossen Allmend wurde deren Benutzung und Betreuung festgelegt und geregelt. Gleichzeitig wurde die Kleine Allmend in die Benützungsordnung einbezogen. Die Allmend ist eine Grünfläche, die vorwiegend der Bevölkerung zur freien Benutzung zur Verfügung steht. Über Anfragen für Anlässe und Veranstaltungen lokaler, regionaler oder gar internationaler Grössenordnung, die auf eine grosse und zusammenhängende Fläche angewiesen sind, wird von Vetretern der Liegenschaftsverwaltung, Stadtgärtnerei, Polizei, Sportamt und der Militärdirektion (Waffenplatzvertrag) gemeinsam entschieden. Bei der Belegung der Kleinen Allmend wird seit der Neugestaltung der Grossen Allmend darauf geachtet, dass die Kleine Allmend an mindestens 2 Wochenenden pro Monat frei bleibt.

Was die Schneedeponie anbelangt, muss auf die Weisung des Eidgenössischen Amtes für Umweltschutz hingewiesen werden, wonach verschmutzter Schnee auf freiem Feld deponiert werden muss. Dies ist jedoch dort nicht möglich, wo schützenswerte Grundwasservorkommen vorhanden sind. Nach Absprache zwischen diesem Amt und der städtischen Dienststelle für Umweltschutz sowie der Flurpolizei und der Stadtgärtnerei erfüllt die Kleine Allmend in idealer Weise diese Anforderungen. Zu betonen ist, dass es sich vorwiegend um Schnee von Plätzen handelt, welche ziemlich frei von Streuchemikalien sein sollte.

Ein ungelöstes Problem im Bereich der Kleinen Allmend ist sicher die Parkierungsfrage. Das Stadtplanungsamt hat einen Studienauftrag an



ein Ingenieurbüro erteilt, um nach Lösungen des Parkierungsproblems im Bereich Stadion Wankdorf, Allmend, Ausstellungszentrum zu suchen. Eine Neugestaltung der Kleinen Allmend entspricht einem echten Bedürfnis. Es muss ein Gestaltungsprojekt ausgearbeitet werden, welches in verschiedenen Etappen zur Ausführung gelangt. Massgebend für die Etappierung ist jedoch der Waffenplatzvertrag. Vorderhand ist das Militär auf einen abgetrennten Geländeteil der Kleinen Allmend angewiesen. Dieser wurde im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Grossen Allmend ausbedungen.

Der Gemeinderat ist daher bereit, die Motion entgegenzunehmen und die Planungsdirektion (Stadtgärtnerei) zu beauftragen, über die Gestaltung, Nutzung und Betreuung der Kleinen Allmend eine Vorlage auszuarbeiten.

Der *Vorsitzende* stellt fest, dass die Motion von keiner Seite bestritten und somit erheblich erklärt ist.

#### 4 Postulat Alexander Rauber (LdU) betreffend Auskunftsdienst des Verbandes Bernischer Psychologen (VBP)

Alexander Rauber (LdU) begründet das am 14. August 1980 eingereichte Postulat:

«Der im Jahre 1977 gegründete Verband Bernischer Psychologen (VBP), welcher ausschliesslich Hochschulabsolventen dieses Faches vereinigt, hat es sich zur Aufgabe gemacht, der Öffentlichkeit eine möglichst verständliche und nützliche Psychologie zu zeigen und zur Verfügung zu stellen.

In diesem Sinne hat der Verband auch einen telefonischen Auskunftsdienst eingerichtet. Am Telefon erhält jedermann unentgeltlich Auskunft über psychologische Beratungs- und Therapiemöglichkeiten und deren Bedingungen. Die bisherigen Erfahrungen haben deutlich gezeigt, dass in der Öffentlichkeit ein grosser Bedarf an Information über seriöse psychologische Dienstleistung besteht. Derzeit ist das Telefonbuch die einzige Informationsquelle – ein im Fachbereich der Psychologie eher verwirrender «Berater», wie sich jedermann selbst überzeugen kann!

Vor allem drei Gründe sprechen meines Erachtens für eine wesentliche Verbesserung der Information der Öffentlichkeit:

1. Es ist grundsätzlich von öffentlichem Interesse, dass jedermann rasch und direkt zu den einschlägigen sozialen Dienstleistungen gelangt, ohne

Zeit und unnötige Kosten zu riskieren. Dies gilt besonders für Menschen, welche in persönlichen Nöten nicht ohne weiteres an ein «Amt» gelangen.

2. Die psychologischen Dienstleistungsangebote befinden sich in einer besonders prekären Situation, da die Psychologie bisher keinerlei Aushilfs-, Titel- und Berufsschutz geniesst. Andere Dienstleistungsanbieter befinden sich in einer wesentlich besseren Lage (etwa Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Pfarrer).

3. Das Auskunftstelefon des VBP wirkt vorwiegend gemeinnützig. Telefonisch wird weder Beratung oder gar Therapie betrieben; vielmehr wird lediglich aufgeklärt und über die bestehenden Beratungsmöglichkeiten objektiv orientiert. Da die in den Gesprächen geäusserten Anliegen sehr oft die rein psychologischen Hilfsmöglichkeiten übersteigen, wird regelmässig auf zuständige Dienststellen verwiesen (wie Sozialdienst, psychiatrische Kliniken, kirchliche Beratungsstellen, Berufsberatung, Jugendberatung, Drogenberatung usw.)

Der Gemeinderat wird daher gebeten, dem Verband Bernischer Psychologen (VBP) die regelmässige Veröffentlichung seines Auskunftstelefons im amtlichen Teil des «Anzeigers für die Stadt Bern» zu ermöglichen.»

Der Postulant stellt ergänzend fest, dass es die seriös betriebene Psychologie heutzutage nicht zuletzt wegen des herrschenden Psycho-Booms schwer hat. Schwarze und weisse Schafe sind nicht leicht auseinanderzuhalten. Die Psychologie verfügt weder über Titelschutz noch Rechtsschutz, ebensowenig hat sie eine Lobby oder irgendwelches Grosskapital hinter sich. Sie ist ausschliesslich von den praktizierenden Psychologen selbst abzugrenzen und zu definieren. Der Verband versucht dies auf drei Ebenen:

mit dem vor zwei Jahren herausgebrachten *Beratungsführer*, der über sämtliche öffentlichen Beratungs- und Therapieangebote informiert;

- mit der Verabschiedung einer Berufsethik und Berufsordnung, zu der selbstverständlich auch eine Schieds- und Beschwerdestelle gehört, welche vom Verband selbst geführt wird; und
- mit dem Auskunftstelefon, das vorläufig ehrenamtlich geführt wird und als dringend notwendig bezeichnet werden muss.

Zum Inserat selbst stellt Alexander Rauber fest, dass der Verband selbstverständlich bereit ist, dafür zu bezahlen. Aber es sollte dann eben nicht dort erscheinen, wo Psychoinserate erscheinen, bei den Massagesalons ... Er ersucht den Rat im Hinblick auf die Realisierung der dringend notwendigen Information um Überweisung des Postulates.